

**Festrede von RR Käser anlässlich HV bernischer
Bürgergemeinden und burgerlicher Korporationen vom
17. Mai 2008**

*Die Neuordnung des bernischen Zivilstandswesens unter
Berücksichtigung der Vorgaben des Bundes im Bereich der
biometrischen Ausweisausstellung*

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne bin ich Ihrer Einladung gefolgt, um an dieser
Hauptversammlung teilzunehmen und das Wort an Sie
richten zu können.

Mit Interesse verfolge ich, wie landauf und landab
engagiert über die Veränderungen im bernischen
Zivilstands- sowie Ausweiswesen gesprochen wird.
Natürlich beschäftigen uns nicht nur diese Veränderungen.
Auch andere Bereiche sind nicht weniger stark betroffen.
Manchmal gewinnt man als Bürgerin oder Bürger den
Eindruck, alles werde geändert und nichts bleibe beim
Alten.

Hand aufs Herz: das ist natürlich ein wenig so. Aber nicht
nur der Kanton Bern befindet sich in einem Umbruch. Die
ganze Schweiz muss sich dem Wandel stellen. Wenn wir
uns nicht stetig anpassen, wenn wir nicht Strukturen
ändern, wenn wir nicht die Verwaltung optimieren, wenn
wir nicht die modernen Mittel der Kommunikationstechnik
und der Datenverarbeitung nutzbar machen und wenn wir
nicht nach kostensenkenden Arbeitsmethoden für den
Staat im wohlverstandenen Interesse der
Steuerzahlerinnen und Steuerzahler suchen, dann werden
wir unserer Aufgabe nicht gerecht.

Das gilt auch im Bereich von sinnvollen und realisierbaren
Kooperationen bis hin zu Zusammenschlüsse unter
Einwohnergemeinden und unter Bürgergemeinden. Mir ist
bewusst, dass solche Gedanken bei vielen Bürgerinnen
und Bürgerinnen sowie Bürgern und Burgern ungute
Gefühle wecken und Unsicherheiten auslösen.
Anpassungen sind aber auch eine Chance. Im Interesse

einer effizienten Verwaltungsführung im Bereich der Burgergemeinden oder burgerlichen Korporationen sind solche Kooperationen zu prüfen, zu diskutieren und wenn notwendig anzugehen. Vor allem dann, wenn die Einwohnergemeinde eine Fusion ins Auge fasst.

Seit meiner Wahl habe ich mich intensiv mit dem Projekt der Reorganisation des Zivilstands- und Ausweiswesens befasst. Jede Etappe aus nächster Nähe mitverfolgt, mit ganzer Kraft unterstützt und mitgeprägt. Der Wechsel von Schlüsselpersonen an der Spitze des Amtes für Migration und Personenstand (MIP) führte zu einer grundlegenden Analyse des Amtes im Rahmen des Projektes Dialogik. Das Ziel des Projektes Dialogik ist es, eine Strategie zu entwickeln, welche das MIP in die Lage versetzt, die zukünftigen Aufgaben erfolgreich zu meistern. Dazu gehören eine strategiekonforme, effektive und effiziente Organisation und eine Betriebskultur des Vertrauens. Im Projekt berücksichtigt werden auch die vom Bund vorgegebene, flächendeckende Einführung von Pässen mit biometrischen Merkmalen und deren organisatorischen Auswirkungen für den Pass- und Identitätskartendienst. Im Weiteren auch die Umsetzung des neuen Asyl- und Ausländergesetzes und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Migrationsdienst, sowie die bereits früher begonnene Reorganisation der bernischen Zivilstandsämter und deren Auswirkung auf den Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst.

Ich bin überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Und ich bin stolz, dass der Kanton Bern in dieser Hinsicht eine Pionierleistung vollbringt.

Mit Entscheid vom 15. Januar 2008 hat der Regierungsrat beschlossen, die Anzahl der Zivilstandsämter auf wenige regionale Standorte zu reduzieren. Bereits früher hat der Bund entschieden, dass ab Spätherbst 2009 nur noch Schweizerpässe mit biometrischen Daten erstellt werden sollen. Diese sind nicht wie bisher bei der Wohnsitzgemeinde, sondern neu bei einem zur Aufnahme biometrischer Daten eingerichteten Ausweiszentrum zu beantragen. Das dafür nötige neue Antragsverfahren führt zu markanten Veränderungen für die Bürgerinnen und Bürger, die Einwohnergemeinden sowie den Pass- und

Identitätskartendienst. Neu werden damit regionale kantonale Ausweiszentren notwendig, bei denen die neuen Reisepässe beantragt werden können und die biometrischen Daten der gesuchstellenden Person erfasst werden.

Die Bundesratsvorlage zur Revision des Ausweiswesens wurde vom Ständerat bereits gutgeheissen. Nachdem der Nationalrat am 12. März 2008 die Ergänzung beschlossen hat, dass nicht-biometrische Identitätskarten weiterhin bei der Wohnsitzgemeinde beantragt werden können, ging das Geschäft zurück an den Ständerat. Es wird dort in der Sommersession neu behandelt. Nach dem definitiven Entscheid und einer allfälligen Ergänzung der Bundesratsvorlage, wird der Regierungsrat die Zuständigkeit der Identitätskarte neu prüfen. Auf den Regierungsratsentscheid vom 15. Januar 2008 zu der Anzahl und zu den Standorten der Zivilstandsämter und Ausweiszentren hat dies jedoch keinen Einfluss.

Ab dem 1. Januar 2010 wird es im Kanton Bern nur noch sieben Zivilstandskreise geben. Ihre Standorte sind in Courtelary, Biel, Langnau, Langenthal, Bern, Thun und Interlaken. An den kleineren Standorten, wie Courtelary, Langnau, Langenthal und Interlaken werden die Zivilstandsämter mit den kantonalen Ausweiszentren zusammengefasst. Somit werden auch die Burgergemeinden für die Datenbekanntgabe aus dem informatisierten Standesregister (Infostar) neue Ansprechstellen erhalten. Dies hat auf die Datenbekanntgabe jedoch keinen Einfluss. Die Mitteilungen, wie im letzten Jahr bewilligt, werden unverändert durch die neu gebildeten Zivilstandsämter an die Burgergemeinden zugestellt.

Ich bin fest überzeugt, dass die neu gebildeten Zivilstandsämter weiterhin sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht gute Dienstleistungen gegenüber den Kunden und insbesondere gegenüber den Burgergemeinden erbringen werden. Die bevorstehende Reorganisation des Zivilstands- und Ausweiswesens gewährleistet eine weitere Professionalisierung der zivilstandsamtlichen Tätigkeiten. So wurde die Anzahl der möglichen Standorte durch die kritische Grösse für die

Aufrechterhaltung eines kundenfreundlichen Betriebes nach Oben hin begrenzt. Dies kann nur mit Ämtern von mindestens 3 Personaleinheiten und kundenfreundlichen Öffnungszeiten gewährleistet werden. Dadurch können sowohl im Zivilstandswesen als auch im Pass- und Identitätskartenwesen grössere Belastungsschwankungen während dem Jahr ausgeglichen werden. Dabei wurde aber nicht ausser Acht gelassen, dass aus Kundensicht möglichst viele Standorte gewünscht werden. Diese haben sich aufgrund der Bevölkerungsdichte und Pendlerströme an jeweils möglichst zentral gelegenen Orten zu befinden. Gerade unter Berücksichtigung regionalpolitischer, betriebswirtschaftlicher und organisatorischer Interessen erscheint das Sieben-Standorte-Modell vorteilhaft.

Wir sprechen bei der Reorganisation von einem neuen Meilenstein im Zivilstands- und Ausweiswesen. Meilensteine haben immer etwas mit Abschluss, aber auch mit Aufbruch zu tun. Und auch etwas mit Kampf und Überwindung. Auch etwas mit Wende und der Überzeugung, dass es weitergeht.

Der Kanton schätzt die Zusammenarbeit mit dem Verband und den Burgergemeinden sehr und weiss dessen Engagement zu schätzen. Die im letzten Jahr intensivierte und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Zivilstandsämtern sowie dem Verband und dessen Mitgliedern, also den bernischen Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen wird weitergeführt. Die Zivilstandsämter werden bemüht sein, den Bedürfnissen und Interessen der Burgergemeinden an Datenbekanntgaben aus dem informatisierten Standesregister (Infostar) gerecht zu werden. Den bezugsberechtigten Burgergemeinden werden inskünftig auf Wunsch von den jeweiligen Zivilstandsämtern mittels Listen Personenstandsdaten geliefert. Auf diesen Listen sind die personenstandsrelevanten Daten der in Infostar erfassten Bürgerinnen und Bürger ersichtlich. Solche Listen, welche vom Zivilstandsamt zu Händen der Burgergemeinden ausgedruckt werden, erbringen heutzutage noch nicht den umfassend gewünschten Nutzen. Erst nach Abschluss der systematischen Rückerfassung, d.h. erst dann wenn die ganze lebende Bevölkerung im informatisierten Standesregister (Infostar)

erfasst ist, werden die Listen ihren vollen Nutzen erbringen.

Ich wünsche dem Verband, den bernischen
Bürgergemeinden und burgerlichen Korporationen und
Ihnen, die sich in den Gemeinden engagieren, alles Gute
für die Zukunft und noch einen schönen und festlichen Tag.

27.03.08 mea/dim